
Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 28.08.2025

Vorsitz: Larissa Krümpfer

Ort: Kwadrat, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

Zeit: 15:35 Uhr bis 18:53 Uhr

Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmende:

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Zeimke, Simon	<input type="checkbox"/>	Averwenser, Yvonne	<input checked="" type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input type="checkbox"/>	Bries, Falke	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input checked="" type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlmann, Jasmin	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input checked="" type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input type="checkbox"/>	Beckmann-Stütz, Sabrina	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input checked="" type="checkbox"/>	Westkämper, Antalia	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Poniewas, Yves	<input checked="" type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Tagesordnung

Dariusch Hassanpour beantragt die Veränderung der Tagesordnung, in dem TOP 5 vor TOP 6 behandelt werden soll.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit der beantragten Veränderung genehmigt.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 2

Anregungen und Wünsche Junger Menschen - Aktuelles

Stellungnahmen zu Integrativer Hilfen (IH) und Integrativer Heilpädagogischer Tageserziehung (IHTE) im Hort und in der Ganztagschule

Christina Kastens führt in die Stellungnahme ein.

Anschließend erfolgt eine breite Beteiligung der Gäste als selbst betroffene Eltern, als Personalratsvertretungen sowie als Fachkräfte aus Horten, Kindertagesstätten und Schulen.

Die Teilnehmenden an der Diskussion verdeutlichen ihre Meinung zu den IH (Integrativen Hilfen) und IHTE (Integrierten Heilpädagogischen Tageserziehung). Demnach sind die Maßnahmen ein existenziell wichtiger Baustein in der Betreuung im Hort und im Ganzttag. Die Zielgruppen sind dabei nicht nur die Kinder, sondern auch die Familien, die im Rahmen der Angebote ebenfalls begleitet werden. Der geplante Ausbau der Ganztagschulen wird nicht flächendeckend umgesetzt, so dass die Horte bleiben werden. Der Personalschlüssel sei jedoch nicht ausreichend, um jungen Menschen mit Unterstützungsbedarfen gerecht zu werden und sie im Regelangebot integrativ mit zu betreuen. Die Zielgruppe profitiere von dem fachlich gut qualifizierten multiprofessionellen Personal und der Möglichkeit von Kleingruppenbetreuungen sowie der integrativen Begleitung in großen Gruppen. Des Weiteren wird der präventive und vor allem niedrigschwellige Charakter der Angebote hervorgehoben und darauf verwiesen, dass das Einstellen der Maßnahmen langfristig zu einer Erhöhung der Kosten für die Hilfen zur Erziehung führe. Teilweise könnten die vom Angebot profitierenden Kinder ohne entsprechende Maßnahme gar nicht beschult werden oder nicht im Hort aufgenommen werden, weil die Regelausstattungen es nicht ermöglichen, mehrere Kinder mit Unterstützungsbedarfen aufzunehmen und zu integrieren. Aus Sicht der Gäste müssten die Lösungen bis Anfang Januar benannt sein, da dann die Anmeldungen erfolgen. Zudem besteht die Sorge, dass sich die Fachkräfte, aufgrund der Unsicherheiten, umorientieren könnten.

Die stimmberechtigten Mitglieder sowie die Verwaltung bedanken sich für die zahlreichen Wortbeiträge und Einblicke in die Praxis.

Frauke Günther erläutert die aktuellen Planungen und geht auf Nachfragen ein. Der Grund für die Einstellung dieser Angebote ist die fehlende Rechtsgrundlage, die Angebote sind eine Mischung von Leistungen des SGB V, SGB VIII und SGB IX. Diese können in der aktuellen Form deshalb so nicht bestehen bleiben. Es bestehen für beide Angebotsformen Arbeitsgruppen mit den Trägern, in denen intensiv daran gearbeitet wird, rechtskonforme Angebote zu schaffen. Die Lösungen müssen bis zum Sommer 2026 erarbeitet sein, da mit dem Ablauf des Schuljahres 2025/2026 die Kündigungen seitens der Verwaltung gegenüber den Trägern ausgesprochen worden sind. Es gibt Träger, die bereits zum Ende des Jahres 2025 selbst gekündigt haben. Für die aktuellen IHTE- Maßnahmen ist bereits ein Nachfolgeangebot entwickelt. Hierfür wird aktuell der Leistungsangebotstyp der Sozialen Gruppenarbeit erarbeitet. Die Standorte der partizipierenden Schulen sind noch nicht final geklärt, hierfür bedarf es noch Abstimmungen mit der Senatorin für Kinder und Bildung.

Für die Integrativen Hilfen im Hort ist die Arbeitsgruppe sehr bemüht ebenfalls rechtskonforme Angebote zu entwickeln, um die Kinder mit den entsprechenden Bedarfen zu unterstützen. Dies ist aber bisher nicht gelungen. Verschiedenen Wortbeiträgen ist zu entnehmen, dass die Personalausstattung in den Horten unzureichend ist und die IHH-Maßnahmen die bestehenden Lücken in der Personaldecke gefüllt haben.

Die Koalition wirbt dafür, den Prozess einer gemeinsamen Erarbeitung neuer rechtskonformer Modelle zu unterstützen.

Die stimmberechtigten Mitglieder sind sich einig, dass die Angebote ein wichtiger Baustein für die Stadtgemeinde Bremen sind, um dem Rechtsanspruch der Ganztagsbetreuung gerecht zu werden und vor allem auch, um die Inklusion umzusetzen.

Es wird ein transparenter Prozess und eine regelhafte Berichterstattung gewünscht, weshalb ein Beschlussvorschlag von Yves Poniewas eingebracht und abgestimmt wird.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Christina Kastens, Heike Dorsch, Gerd Ziegler, Cordula Breitenfeldt, Frauke Günther, Katharina Kähler, Sahhanim Görgü-Philipp, Hetav Tek, Toren Christians, Yvonne Averwenser, Gerte Schreiber, Bianca Brückner, Maike Seidler, Andreas Lindhorst, Tanja Feldgut, Tina Brän, Yves Poniewas, Larissa Krümpfer

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und die Senatorin für Kinder und Bildung um fortlaufende schriftliche Berichterstattung zum jeweils aktuellen Sachstand der Integrativen Hilfen (IH) und der Integrierten Heilpädagogischen Tageserziehung (IHTE) im Rahmen der Berichte der Verwaltung.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.06.2025

Beschluss:

Das Protokoll aus der Sitzung vom 20.06.2025 wird genehmigt.

Zustimmung: 9

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 2

Tagesordnungspunkt 4

Meilensteine zur Umsetzung der Finanzierungssystematik und der Folgeprozesse für die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Felix Seidel führt in die Vorlage ein. Ergänzend berichtet er, dass ein Vorschlag zur Veränderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter eingereicht wurde und im September Diskussionsveranstaltungen auf Sozialzentrumsebene mit den Beiräten dazu stattfinden.

Auf Nachfrage berichtet Felix Seidel, dass aktuell pro Planungsgebiet zwei Planungskonferenzen vorgesehen sind. Es ist jedoch für den öffentlichen Träger nicht ausgeschlossen, dass die Zeitplanung gegebenenfalls noch einmal angepasst werden muss, wenn die Diskussionsbedarfe dies erfordern. Gemäß dieser Vorlage (der Meilensteine) wird der Ausschuss mit der genauen Ausgestaltung sowohl der Planungsgebiete als auch der Planungskonferenzen befasst. Die Vorgehensweise ist so geplant, dass eine breite Beteiligung aller möglich ist. Auf dieser Ebene soll eine konsensuale Ausgestaltung der Angebote im Rahmen der Einrichtungsstandards pro Planungsgebiet entstehen, die dann dem Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Hierbei handelt es sich um einen sehr umfangreichen Prozess, der nicht jedes Jahr stattfindet, sondern die Ausgestaltung der Einrichtungslandschaft bei Einführung der Einrichtungsstandards sicherstellen soll.

Auf Anregung von Nikolai Goldschmidt wird in diesem TOP ein Beschluss gefasst und nicht nur eine Kenntnisnahme.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Felix Seidel, Nikolai Goldschmidt, Hetav Tek, Sahhanim Görgü-Philipp, Lucas Fiola, Arne Martin, Thea Fabri

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt den Vorschlag über Meilensteine der weiteren Umsetzung der Finanzierungssystematik und der Folgeprozesse zu folgen und bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um regelmäßige Berichterstattung zum aktuellen Stand des Prozesses.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 5

Einrichtungsstandards für die institutionelle Förderung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Märthe Stamer führt in die Vorlage ein.

Im Anschluss findet eine kontroverse Diskussion unter breiter Beteiligung der Gäste statt. Hierbei werden zahlreiche inhaltliche Fragen zur Vorlage besprochen. Dabei wird vor allem auf die Zusammenarbeit in der Unterarbeitsgruppe, die die Einrichtungsstandards entwickelt hat, eingegangen. In dieser wurden mit Vertretungen des öffentlichen Trägers (sowohl Fachabteilung als auch Jugendamt) und Vertreter:innen der freien Träger (sowohl Leitungs- als auch operative Ebene) die Standards erarbeitet. Weiter eingeflossen sind Ergebnisse von Jugendbeteiligungen. Regelmäßig und abschließend wurden die Ergebnisse in der AG nach § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung erörtert, diskutiert und auch angepasst.

Grundsätzlich sind sich alle einig, dass das Arbeitsfeld Standards benötigt. Im Rahmen der Diskussion werden diesbezüglich Fragen der auskömmlichen Finanzierung sowie des weiteren Vorgehens aufgeworfen. Hierbei wird von Seiten der Verwaltung auf die Beschlussfassung vom Jugendhilfeausschuss am 19.12.2024 unter TOP 4 „Bedarfsermittlungsverfahren für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Ergebnis der UAG des JHA zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ hingewiesen. Des Weiteren wird auf den TOP 4 „Meilensteine zur Umsetzung der Finanzierungssystematik und der Folgeprozesse für die Offene Kinder- und Jugendarbeit“ verwiesen, die das weitere Vorgehen beschreiben. Die Vorschläge, wie die Einrichtungsstandards in den jeweiligen Planungsgebieten umgesetzt werden, sollen unter breiter Beteiligung vor Ort in den Planungskonferenzen erarbeitet werden.

Märthe Stamer stellt klar, dass die Einrichtungsstandards sich auf institutionell geförderte Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beziehen. Daneben werden weiterhin auch Angebote im Rahmen einer Projektförderung förderfähig sein. Sie verweist insbesondere auf die Beschlussvorlage: „Neben den erarbeiteten Einrichtungsstandards, die Richtwerte für die Förderung, Ausstattung und Aufgabenwahrnehmung der institutionell geförderten Orte der OKJA festlegen, stellen Jugendclubs (die bspw. vorrangig im Modus der Selbstöffnung und –organisation betrieben werden), Projekt- und Gruppenangebote oder Veranstaltungen und Ferienprogramme weiterhin Teile der Angebotslandschaft der OKJA dar. Diese fallen dabei nicht unter die definierten Einrichtungsstandards, was ihnen die notwendige Freiheit in der Ausgestaltung dieser Angebote bietet. Diese weniger reglementierten Angebote stellen neben den Einrichtungen der OKJA einen wichtigen Aspekt der Gesamtlandschaft der Bremer OKJA dar.“

Von Seiten der Gäste wird eine große Sorge bezüglich der Auswirkungen auf die einzelnen Einrichtungen oder aber auch auf die Bedürfnisse und Ansprüche der jungen Menschen mitgeteilt. Da bisher nicht absehbar ist, inwiefern sich die bestehende Angebotslandschaft langfristig verändert, besteht große Unsicherheit im Arbeitsfeld. Es besteht der deutliche Wunsch, dass die bestehende Angebotslandschaft erhalten bleibt und es erfolgt ein Appell an den Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung weitere Mittel für das Arbeitsfeld zur Verfügung zu stellen, so dass die bisherige Angebotslandschaft mit umgesetzten Einrichtungsstandards erhalten bleiben kann.

Ein weiteres Thema ist der Erhalt der Kinder- und Jugendfarmen mit dem Verweis auf den Koalitionsvertrag. Mit den aktuellen Einrichtungsstandards für die Kinder- und Jugendfarmen sind die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit abgebildet, jedoch berichten Trägervertretungen, dass sie aktuell keine:n Ansprechpartner:in bei der Senatorin für Kinder und Bildung

hätten, inwieweit von dort zum einen die Förderung der Angebote für Schulen und Kindertagesstätten und zum anderen die Finanzierung und der Erhalt der hierfür notwendigen Farminfrastrukturen gedacht sei. Hierzu gibt es derzeit ersten Austausch zwischen der Senatorin für Kinder und Bildung der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration. Thomas Jablonski teilt mit, den Kontaktwunsch ins Ressort auch zum Schulbereich mitzunehmen. Von Seiten des Ressorts ist keine institutionelle Förderung darstellbar, jedoch projektbezogene Förderungen für die Inanspruchnahme konkreter Angebote über die jeweiligen Schulen.

Die Bedeutung der Kinder- und Jugendfarmen für die jungen Menschen der Stadtgemeinde wird im Rahmen der Diskussion hervorgehoben und deutlich gemacht, dass es unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich ist, alle Farmen zu erhalten. Hierbei wird an die Senatorin für Kinder und Bildung appelliert, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, mit den Farmen in den Austausch zu gehen und in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration Lösungen entsprechend dem Koalitionsvertrag, der eine Absicherung der Farmen vorsieht, zu erarbeiten.

Abschließend wird der Beschlussvorschlag auf Antrag von Larissa Krümpfer um Punkt 3 ergänzt, da die Berechnungsgrundlage der Verwaltungskosten, die aktuell in den Standards festgeschrieben wurde aus Sicht der Trägervertretungen überprüft werden soll.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Märthe Stamer, Sabine Toben-Bergmann, Yvonne Averwenser, Eyfer Tunc, Felix Seidel, Bernd Assmann, Thomas Jablonski, Arne Martin, Hetav Tek, Nikolai Goldschmidt, Sahhanim Görgü-Philipp, Ruken Aytas, Sophie Schleinitz, Gerd Ziegler, Arne Martin, Thea Fabri, Larissa Krümpfer

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die dargestellten Einrichtungsstandards für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen.
2. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um Umsetzung der Einrichtungsstandards im Rahmen der Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen.

Zustimmung: 4

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 5

3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um Prüfung der praktischen Auswirkungen der Berechnungsgrundlage für die Verwaltungskosten im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Planungskonferenzen zur Umsetzung der Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik. Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration legt hierzu einen zusammenfassenden Bericht vor. Die Ergebnisse des Berichts, der im zweiten Halbjahr 2026 erstellt wird, fließen in die Überarbeitung der Richtlinie für die Förderung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen ein. Auf diesem Wege werden Erkenntnisse aus der Umsetzung der Einrichtungsstandards und notwendige Modifikationen in der überarbeiteten Richtlinie berücksichtigt.

Zustimmung: 7

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 2

Tagesordnungspunkt 6

Bericht zum Ausbildungsfonds für Sozialarbeiter:innen im Anerkennungsjahr in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Felix Seidel führt in die Vorlage ein.

Das Gremium begrüßt die positive Entwicklung. Insgesamt wird die Umsetzung von den Koalitionsvertretungen als Erfolg bewertet und auch die Vertreter:innen der Träger bestätigen die Bereicherung für das Arbeitsfeld. Eine konzeptionelle Öffnung für duale Student:innen wäre wünschenswert, da es hier immer mehr Anfragen in der Praxis gibt.

Hetav Tek äußert den Bedarf, Gründe zu identifizieren, warum die Sozialarbeiter:innen im Anerkennungsjahr nach Abschluss nicht im Arbeitsfeld geblieben sind, gegebenenfalls kann man daraus Erkenntnisse für konzeptionelle Weiterentwicklungen ziehen.

Felix Seidel wird die Anregungen mitnehmen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Felix Seidel, Nikolai Goldschmidt, Sabine Toben-Bergmann, Hetav Tek, Sahhanim Görgü-Philipp

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7

Bericht zum Akti(F) Plus – Vorhaben “Bremer Stadtteileltern”

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit wird dieser TOP auf den nächsten Jugendhilfeausschuss geschoben.

Tagesordnungspunkt 8

Berichte der Verwaltung

Sachstand Freizeithemelingen

Märthe Stamer berichtet, dass sich das Jugendfreizeitheim Hemelingen ab dem 01.09.2025 in der Trägerschaft von Kinder- und Jugendvision e.V. befindet. Die reguläre Arbeit beginnt ab dem 01.10.2025.

Sachstand Anerkennung WaBeQ (Märthe Stamer)

Die Satzungsänderung liegt der Verwaltung vor, so die Befristung der Anerkennung gemäß §75 SGB VIII als freier Träger der Jugendhilfe aufgehoben wird.

Sachstand Jugendamtsleitung Bremen (Nicole Weiß)

Die Stelle der Jugendamtsleitung wurde ein zweites Mal ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist endet am 29.08.2025.

Tagesordnungspunkt 9

Verschiedenes

David Gade verweist auf die Veranstaltung am 29.09.2025 von 9:00 bis 12:00 Uhr „Jugendarbeit mit Muslim*innen als Teil der postmigrantischen Gesellschaft“.

Für das Protokoll:

Marx / Weiß